

Fakultäten & Einrichtungen

EN



„Die Krise wird sich noch lange hinziehen“

Interview mit dem Arbeits- und Wirtschaftssoziologen Prof. Dr. Klaus Dörre über Corona und die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft

Der Jenaer Soziologe Prof. Dr. Klaus Dörre.
Foto: Jürgen Scheere



Zur Übersicht



WISSENSTRANSFER & INNOVATION

Meldung vom: 29. März 2020, 08:45 Uhr | Verfasser/in: Axel Burchardt

Nach dem Ende der Corona-Krise wird die Krisensituation nicht vorbei sein, ist sich Prof. Dr. Klaus Dörre sicher. Der Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Universität Jena geht davon aus, dass die Welt, auch die Arbeitswelt, nach Corona eine andere sein wird. Es werden viele Herausforderungen zu meistern sein, die globale Änderungen verlangen. An der Corona-Krise ist nichts gut, sagt er, und wünscht sich Klartext und Handeln statt Floskeln. Dennoch sieht er auch einige wenige positive Auswirkungen – und viel, viel Arbeit für die Zukunft.

Seit Wochen sollen sich die Menschen möglichst alleine oder mit deutlichem Abstand zu anderen aufhalten, neudeutsch: Social Distancing. Wie sieht das in den Unternehmen aus, wo üblicherweise Menschen in Gruppen zusammenarbeiten?

Dörre: „Abstand halten!“ bedeutet im Grunde eine radikale Entgesellschaftung oder gar Entgemeinschaftung. Produktionsprozesse beruhen aber auf Kooperation, das schließt zwischenmenschliche Kontakte ein. Bei den nun systemrelevanten Tätigkeiten in Kliniken, Supermärkten, Pflegeheimen, in der Landwirtschaft usw. werden sich Kontakte kaum völlig vermeiden lassen. Man kann Regeln beachten, Verkäuferinnen mit Plexiglasscheiben schützen, aber das Gesundheitsrisiko ist für alle, die nicht im Homeoffice arbeiten, ungleich größer.

Wie wirkt sich diese „erzwungene“ Nähe auf die Arbeitsleistung aus?

Das kann gegenwärtig niemand mit Sicherheit sagen. Aber vielen Menschen sind die Sozialkontakte am Arbeitsplatz wichtig. Selbst eine schwere, monotone Tätigkeit lässt sich besser ertragen, wenn die Chemie unter den Arbeitenden stimmt. Das fällt jetzt weg. Dafür bekommen Busfahrer, Kassiererinnen, Altenpfleger oder Krankenschwestern jetzt mehr Anerkennung von Kunden und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Man kann nur hoffen, dass dies anhält und sich künftig auch in besserer Bezahlung, mehr Personal und besseren Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen niederschlägt.

Wie ist die Produktivität der Wirtschaft derzeit (Ende März) einzuschätzen – in Thüringen, Deutschland, Europa und weltweit?

Die Wirtschaft steuert weltweit auf eine Rezession zu. Die Frage ist nur, wie tief der Einbruch wird. Im optimistischsten Fall endet der Shutdown nach einem Monat. Selbst dann müssten wir hierzulande mit Wachstumseinbrüchen wie in der Krise 2007-2009 rechnen; ein dreimonatiger Shutdown könnte laut IfO zu einem Wachstumseinbruch um bis zu 20 % führen; wir hätten dann bis zu 5,5 Mio. Menschen in Kurzarbeit. In jedem Fall werden jene Staaten am besten durch die Krise kommen, die ein robustes Gesundheitssystem und einen krisenfesten Wohlfahrtsstaat haben. Damit ist auch klar, wer die Krisenfolgen auf dem Kontinent besonders hart zu spüren bekommt – die süd- und südosteuropäischen Staaten. Die hohen Todesraten bei Corona-Infizierten in Spanien und Italien hängen ja auch mit den durch die europäische Austeritätspolitik erzwungenen Einsparungen im Gesundheitswesen zusammen. Allgemein wird wichtig sein, Beschäftigung zu sichern. Da gibt es in Deutschland mit der Langzeitkurzarbeit bewährte Instrumente.

Gilt das für Großunternehmen genauso wie für Selbstständige und Mittelständler?

Sorgen muss man sich um die vielen Klein- und Kleinstbetriebe machen. Die werden ohne direkte finanzielle Hilfen nicht lange durchhalten können. Da hat Thüringen mit seiner kleinteiligen Wirtschaft ein besonderes Problem. Das gilt umso mehr, als mit Digitalisierung und Dekarbonisierung [= Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaftsweise, die Redaktion] Aufgaben zu bewältigen sind, die nach der Pandemie umso dringlicher werden. Deshalb können wir froh sein, dass wir in der Krise wieder eine handlungsfähige Landesregierung haben. Die müsste mit dem Geld aber einen progressiven Strukturwan-

del vorantreiben, statt nur das Bestehende zu konservieren.

Die Börsenkurse hopsen rauf und runter und... – zwischen Angst vor dem großen Crash und der Hoffnung, dass die Krise bald überstanden ist. Wie lautet ihre Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Monate?

Die kann niemand exakt prognostizieren, weil wir nicht wissen, wie lange die Pandemie dauert. Skandalös ist, dass an den Börsen noch immer Leerverkäufe möglich sind, die es z. B. erlauben, auf Unternehmenspleiten zu wetten. Da ist seit der Krise 2007-2009 zu wenig passiert. Ich rechne mit einem tiefen Einbruch der Weltwirtschaft. Ob es zu einem raschen Wachstumsschub nach dem Ende der Pandemie kommt, ist für den Exportweltmeister Deutschland ungewiss. Das hängt davon ab, wie rasch sich andere Länder, etwa China und die europäischen Nachbarn erholen. Die Bunderegierung agiert widersprüchlich. Sie müsste an raschen Hilfen in der EU interessiert sein, blockiert aber Euro-Bonds als Mittel der Krisenbewältigung.

Die Angst vor dem Crash und der Frage, wann und wie man selbst betroffen ist, bewegt viele Menschen. Was macht diese Angst mit der arbeitenden Bevölkerung?

Die Sorgen sind groß. Deshalb halte ich nicht viel von Floskeln wie „Die Krise als Chance“. An dieser Krise ist nichts gut. Sie bedroht Tausende mit dem Tod, macht vermutlich Millionen arbeitslos und nimmt Milliarden zeitweilig wichtige Grundrechte. Das müssen auch Professoren sehen, die sich in einer privilegierten Position befinden und sich freuen, dass sie nun weniger Verpflichtungen haben. Je länger die Pandemie dauert, desto gravierender werden ihre kulturellen, sozialen und ökonomischen Destruktivkräfte sein. Deshalb muss für große und kleine Unternehmen gelten: keine Entlassungen, lieber Kurzarbeit Null! Vor allem die Schwächsten benötigen Solidarität. Ein Beispiel: Die Flüchtlingsunterkünfte in Thüringen stehen leer. Warum holen wir nicht die Menschen aus den Lagern auf den griechischen Inseln? Dort ist auch die die hygienische Situation katastrophal.

Werden sich die arbeitenden Menschen aus Angst eher zu radikalen Parteien oder Positionen wenden? Sie hatten schon vor der Corona-Krise ermittelt, dass auch Gewerkschafter verstärkt nach „rechts“ steuern. Oder stärkt die Krise die Solidarität der Arbeiter und Angestellten untereinander?

Überall, wo Rechtspopulisten wie Trump oder Rechtsradikale wie Bolsonaro regieren, versagt das Krisenmanagement völlig. Das werden die Menschen sehen. Die USA entwickeln sich gerade zum Zentrum der weltweiten Pandemie. Natürlich gibt es Versuche der radikalen Rechten, die Situation auszunutzen. Im Netz werden allerlei Verschwörungstheorien verbreitet. Wer denen glaubt, riskiert nicht nur die eigene Gesundheit, sondern auch die anderer Menschen. Ich glaube deshalb, dass die Krise zu einer schweren Niederlage von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen wird. Meine Sorge ist eine andere. Der Klimawandel könnte eine Reihe externer Schocks mit sich bringen, die ebenfalls ein großangelegtes Krisenmanagement erfordern. Wir müssen deshalb aufpassen, dass der Ausnahmezustand nicht zum Normalfall wird. Demokratie braucht öffentlichen Streit, Disput, Demonstrationen, Streiks. Das haben wir in Thüringen ja gerade erlebt. Diese Grundrechte müssen dauerhaft gesichert bleiben – trotz Krisen.

Wenn ein Impfstoff oder ein Medikament gegen Corona entwickelt wurde und die Krise sich legt, was glauben Sie, wie die Arbeitswelt dann sein wird? Werden sich die arbeitenden Menschen aber auch die Unternehmen verändern – oder sogar schon verändert haben? Oder geht dann alles so weiter wie vor Corona?

Die Welt, auch die Arbeitswelt, wird nach Corona eine andere sein. Wirtschaftspolitische Dogmen, die während der letzten Jahrzehnte als unumstößlich galten, sind nun vom Tisch: Schuldenbremse – passé! Schwarze Null – war gestern, Staatsschulden – absolut angesagt! Dieser Paradigmenwechsel wird nach der Pandemie Bestand haben. Er war überfällig, die Corona-Krise hat ihn nur beschleunigt. Auch werden sich die Menschen fragen, wie es zu bewerten ist, dass die kapitalistische Marktwirtschaft zum zweiten Mal binnen zehn Jahren mit nicht-marktwirtschaftlichen Mitteln gerettet werden muss. Als „schwarzen Schwan“ wird man solche Ereignisse künftig nicht mehr abtuen können. Au

ßerdem wird es uns allen leichter fallen, zu entscheiden, was wir wirklich benötigen. Ohne die Fußballbundesliga kann selbst ich sehr gut leben. Ich könnte es aber nicht ohne Bäcker, Landwirte, Arzthelferinnen, LKW-Fahrer und hilfsbereite Nachbarn. Daran zeigt sich: Wir alle brauchen eine gut funktionierende soziale Infrastruktur. Die muss zu einem bevorzugt finanzierten öffentlichen Gut werden. Vergleicht man das Monatseinkommen eines Jadon Sancho (Profifußballer) mit dem einer Altenpflegerin, wird sofort klar, dass in unserer Gesellschaft etwas nicht stimmt. Soziale Dienstleistungen müssen gesellschaftlich aufgewertet werden – finanziell, aber auch in der Anerkennungspyramide.

Und wie wirkt sich die Corona-Krise auf die Postwachstumsprozesse aus? Wie auf den Staat?

Die Krise ist Degrowth by disaster. Wie schon 2009 werden klimaschädliche Emissionen und vielleicht auch der Ressourcenverbrauch sinken. Es könnte sogar sein, dass Deutschland seine Klimaziele wegen des Kriseneinbruchs doch noch erreicht. Das hat aber überhaupt nichts mit jener Nachhaltigkeitsrevolution zu tun, die wir so dringend benötigen. Wir sehen, dass der Staat in Krisenzeiten durchsetzungsfähig ist. Er kann Freiheiten, die wir auf Kosten anderer wahrnehmen, durch verbindliche Regeln einschränken – zum Wohle aller! Entscheidend ist immer, dass staatliches Handeln an demokratische Willensbildung rückgebunden wird. Freiheit hat eine verbindliche soziale Dimension. Das gilt auch für unternehmerische Freiheiten. Die müssen künftig strikt an Nachhaltigkeitsziele rückgebunden werden. Noch einmal: Besser als einen SUV nicht zu fahren, ist, ihn nicht zu produzieren! Das sage ich trotz Opel Eisenach. Ich könnte auch sagen: Besser als Rüstungsgüter nicht zu exportieren wäre, sie gar nicht erst herzustellen – trotz der Arbeitsplätze bei Jenoptik etc. Die Beispiele machen deutlich: Nach der Krise benötigen wir eine Grundsatzdebatte über unsere Wirtschaftsordnung – und die darf nicht ausschließlich von Ökonomen und Politprofis geführt werden.

Zum Abschluss eine persönliche Frage: Sie stehen unter Quarantäne. Was macht das mit Ihnen als Mensch und als Wissenschaftler?

Ich habe die Krise anfangs unterschätzt und erstmals in meinem Leben eine Pauschalreise angetreten. Mit meiner Frau habe ich vor abgesperrten Stränden gestanden. Und ich habe gesehen, wie die Polizei im Hotel das „Abstand halten!“ gegenüber britischen Touristen mit der Androhung des Gummiknüppels durchgesetzt hat. Es gab tagelanges Zittern und Ungewissheit, ob die Evakuierung nach Deutschland überhaupt gelingt. Das ganze Chaos hat mir die Augen geöffnet. In der Quarantäne geht es mir vergleichsweise gut. Unsere lieben Nachbarn kaufen für uns ein. Selbstverständlich vermisse ich direkten Kontakt mit meiner Familie und meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Unklar ist, was mit den Forschungsprojekten passiert. Aber das sind Probleme auf hohem Niveau. Längst laufen auch die Anfragen für Texte, Bücher, Interviews etc. zum Corona-Thema. Es wird also nicht langweilig. Dennoch werde ich aufatmen, wenn die Quarantäne vorbei ist. Die Krise, da bin ich sicher, wird sich aber noch lange hinziehen.

Kontakt:

Klaus Dörre, Univ.-Prof. Dr.



+49 3641 9-45521

+49 3641 9-45522

klaus.doerre@uni-jena.de



Die Uni Jena in den sozialen
Medien:

Ausgezeichnet studieren:

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Notfälle](#)

[Webmail](#)

